



Dr. Elke Holst ist Forschungsdirektorin am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Formale Geschlechtergleichstellung reicht nicht

Vor 101 Jahren wurde zum ersten Mal der Internationale Frauentag begangen. Seitdem haben Frauen in vielen Ländern mehr Rechte erhalten. Dennoch gibt es immer noch etliche Staaten, in denen Frauen kaum eigene Rechte zugestanden werden. Und es deuten sich auch immer wieder Rückschritte an. So sind etwa nach den Wahlen im Januar in Ägypten nur noch zwei Prozent Frauen im Parlament vertreten und somit weitgehend aus der politischen Öffentlichkeit verdrängt. Damit steigt die Befürchtung, dass sich auch ihre Rechte in dem nun wieder stärker religiös geprägten Staat verringern könnten. „Seite an Seite mit den Männern kämpften Ägyptens Frauen für Demokratie. Von der Macht aber bleiben sie auch nach der Wahl weitgehend ausgeschlossen“ konstatierte Die Zeit.¹

Anders dagegen in Deutschland. Hier steht eine Frau an der Spitze der Bundesregierung, ein Drittel ihrer 15 Minister/-innen sind Frauen. Ein etwa gleicher Anteil von Frauen befindet sich unter den Parlamentarier/-innen im Bundestag, wobei Bündnis 90/Die Grünen mit über 54 Prozent die relativ meisten Frauen entsenden und die CDU/CSU mit 20 Prozent die anteilig wenigsten. In Sachen Bildung haben Deutschlands Frauen in den letzten Jahrzehnten mehr als aufgeholt. Sie sind top qualifiziert – vielfach schließen sie mit besseren Noten ab als Männer.

Auch formal rechtlich sind Frauen in Deutschland gleichgestellt. Benachteiligungen wegen des Geschlechts sind verboten. Der Staat ist per Grundgesetz dazu verpflichtet, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Alles gut in Germany? Nicht ganz. Da war doch was? In den Vorständen der

großen Unternehmen in Deutschland müssen Frauen mit der Lupe gesucht werden, nur 3 Prozent sind Frauen. Hier reicht die formale Gleichstellung nicht hin. Sie bleiben von der wirtschaftlichen Macht dort weitgehend ausgeschlossen. Macht, Geld und Einfluss will niemand gerne freiwillig hergeben, doch haben Männer einen historischen Vorteil: Männliche Monokulturen an der Spitze prägten die Vergangenheit und prägen auch heute die Norm in Führungspositionen. Frauen müssen sich erst beweisen. Vorurteile etwa gegenüber ihrer Eignung halten sich hartnäckig. Meist gehen Frauen schon lange vor Erreichen einer hohen Führungsposition im Labyrinth der Karrierewege verloren. Der Verlust der weiblichen Talente stellt eine immense volkswirtschaftliche Verschwendung dar. Dies sollte sich Deutschland nicht länger leisten.

Was ist zu tun? In der Politik wird das Instrument der Frauenquote als Ultima Ratio ins Spiel gebracht, um die bestehenden Strukturen in der Wirtschaft aufzubrechen. Was männliche Selbstverpflichtung beim Thema Geschlechtergerechtigkeit hier in Spitzengremien bedeutet, lässt sich alljährlich im Managerinnen-Barometer des DIW Berlin nachlesen. Stagnation. Mehr als etwa drei Prozent Frauen in Vorständen werden seit Jahren in den großen Unternehmen in Deutschland nicht erreicht. Und in den Aufsichtsräten? Dort sind Frauen mit einem Anteil von gut einem Zehntel vertreten, aber nur deshalb, weil das Gros von Arbeitnehmervertretungen entsandt wurde. Vor einem Jahr verkündete EU-Vizepräsidentin Viviane Reding, sie gäbe Unternehmen noch zwölf Monate Zeit, um das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen in den Spitzengremien selbst zu regeln. Jetzt zog Viviane Reding ernüchtert Bilanz. Die Situation hat sich kaum verbessert. Am Montag lies die EU-Kommission deshalb wissen, dass sie eine Frauenquote favorisiert. Wir dürfen gespannt sein, wie die weiteren Schritte zu deren erfolgreicher Umsetzung aussehen.

1 www.zeit.de/politik/2012-01/aegypten-frauen-wahl vom 14.01.2012.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
79. Jahrgang
7. März 2012

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Susanne Marcus
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill
Lana Stille

Lektorat

Prof. Dr. Pio Baake
Dr. Stefan Bach

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

RÜCKBLende: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

„ Zur Entwicklung der Industrie der Bundesrepublik

Bei der gegenläufigen Entwicklung der Produktionskosten und der Gewinne der Westdeutschen Wirtschaft und insbesondere der Industrie verdienen die in neuer Zeit angestellten Erwägungen, ob und inwieweit der derzeitige scharfe Wettbewerb zwischen der Mineralölverarbeitung und dem Kohlenbergbau einzuschränken sei, besondere Beachtung. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit einer Wirtschaftspolitik, die einzelne Wirtschaftszweige zu konservieren versucht, ist es zunächst überhaupt fraglich, ob die Schutzmaßnahmen den erhofften Erfolg haben oder ob nicht nur die Krisenlage der geschützten Zweige ad infinitum verlängert wird.

Daher besteht die Sorge wohl zu Recht, daß die Unternehmensleitungen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus ihre in den letzten Jahren mit so großem Erfolg durchgeführten Bemühungen, die Förderung zu rationalisieren, womöglich nicht mehr mit der gleichen Energie verfolgen könnten, wenn die Steinkohle – sei es durch das Mittel der Heizölkontingentierung oder durch andere Maßnahmen – vom Wettbewerbsdruck weitgehend entlastet würde. Da die Zeiten nationaler Energiepolitik in Europa in einigen Jahren beendet sein werden und der deutsche Steinkohlenbergbau sich auf die Dauer einzig und allein durch seine ökonomische Leistungsfähigkeit wird behaupten können, sollte sein zukünftiger Bestand nicht um kurzfristige – noch dazu fragwürdige – Vorteile willen gefährdet werden.

So unsicher es ist, ob Schutzmaßnahmen der Kohle auf die Dauer überhaupt nützen, so sicher ist es, daß sie das Energiepreinsniveau in die Höhe treiben und damit die Wettbewerbslage der westdeutschen Wirtschaft in einer nicht gerade unkritischen Phase ihrer Entwicklung verschlechtern würden.

Wochenbericht Nr. 10 vom 9. März 1962